

■ Lesermeinung

Präzisere Zahlen

Zu **Stadt informiert über das Rathaus**, 19. Januar

Wird die Wahrheit nun aus dem Sack gelassen? Die Bürger wurden lediglich über die festgelegten Pläne informiert. Dies heißt: Die Würfel Pro oder Kontra Rathaus sind längst gefallen. Die Verwaltung hätte sich die Bürgerbeteiligungen bisher und auch kommend sparen können. Eine Presseerklärung über gefallene Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg hätte es dann auch getan.

Es ist und bleibt lediglich eine Alibi-Veranstaltung, bei der die Bürger nur Informationen über das Vorgehen der Stadt bekommen. Soviel Ehrlichkeit muss sein – schließlich geht es um Steuergelder zwischen 70 und 100 Millionen,

welche die Stadt in ihrer weiteren Entwicklung durch selbst verschuldete Fehler in eine schwierige Zukunft manövrieren. Sanierungen von Schulen und andere wichtige Investitionen müssen aus diesem Grund auf unbekannte Zeit zurückstehen.

Auch wenn ich persönlich das Rathaus gerne erhalten hätte, zählt am Ende die Kostenfrage. Klar ist, dass die 70 Millionen nicht reichen werden. Ein Neubau wäre aus diesem Grund tatsächlich primär zu betrachten, da alle Räumlichkeiten der Zeit entsprechend gestaltet werden könnten, mit der Option für eine spätere Erweiterung.

Die Aussage, das Rathaus sei wirtschaftlich nicht als Wohnraum geeignet, wirft Fragen auf, welche nicht beantwortet wurden.

OB Lutz argumentiert, dass

ein Investor für das bestehende Rathaus gefunden werden müsste. Man stellt sich die Frage, ob dies wieder eine Taktik ist, den Bürgern zu vermitteln, dass sie dann letztlich steuerlich mehr belastet werden würden – und sie aus Angst heraus alles gutheißen, was die Verwaltung zu planen gedenkt. Es wird weiter argumentiert, dass, wenn das Kreiskliniken-Areal Sanierungsgebiet werden würde, höhere staatliche Zuwendungen zum Tragen kommen könnten. Ich gebe zu bedenken, dass dieses Areal bereits Sanierungsgebiet ist, denn nicht umsonst wurden dem Eigner des Vogelbach-Areals weitere Entwicklungen versagt.

Neubau und Erhalt des Rathauses darf nicht in einem Rutsch als Angstmacher für die Bevölkerung dienen. Die Tatsache ist, dass nach einer Sanierung die Räumlichkeiten be-

engt bleiben. Ein Schnellschuss ist trotz zeitlicher Enge kein Helfer. Es müssen der Bevölkerung präzisere Zahlen vorgelegt werden, bevor entschieden wird. Versäumnisse aus den Jahren müssen ohnehin vom Steuerzahler getragen werden.

Karlheinz Breuer, Lörrach